

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



donnerstag, 9. juli 1970

blatt 2047

zur tv-serie:

in wien keine gefahr fuer "rhesusnegative" muetter

1 wien, 9.7. (rk) im 2. programm des oesterreichischen fernsehens laeuft zur zeit eine 13teilige serie "ich bekomme ein kind". mit dem preis der deutschen volksbildung ausgezeichnet, ist es das ziel dieser reihe in fragen von allgemeinem interesse, die sich waehrend der schwangerschaft, bei der geburt und in den ersten lebensjahren eines kindes ergeben, zu informieren.

in der dienstag gesendeten folge wurde unter anderem das problem der "rhesusnegativen" muetter behandelt und auf die gefahr eines negativen rhesusfaktors hingewiesen.

in wien besteht diese gefahr allerdings nicht mehr, denn bereits im fruehjahr 1969 fasste der landessanitaetsrat fuer wien den beschluss, in saemtlichen wiener spitaelern eine obligatorische impfung fuer "rhesusnegative" muetter - jaehrlich kann man mit ungefaehr 2.000 faellen rechnen - einzufuehren. diesem beschluss waren jahrelange wissenschaftliche forschungen vorangegangen, in denen auf grund von erfahrungen und eingehenden pruefungen ein solcher impfstoff entwickelt worden war. entbindungen von "rhesusnegativen" muetter haben daher infolge dieser massnahme in wien ihren schrecken verloren.

./.



die gefaehrung dieser frauen besteht darin, dass anlaesslich der erstgeburt eines rhesuspositiven Kindes, kindliche rhesuspositive blutzellen in den kreislauf der mutter kommen, wodurch sich im blutkreislauf der frau sogenannte antikoeper bilden. kommt es zu einer neuerlichen schwangerschaft, so koennen die von der mutter gebildeten antikoeper in den kreislauf des zweiten Kindes uebergehen und eine schaedigung der kindlichen blutzellen hervorrufen, allerdings nur dann, wenn das kind rhesuspositiv ist.

0909

#### soroptimist-clubs: freundschaftstage in wien

3 wien, 9.7. die freundschaftstage 1970 der europaeischen foederation der soroptimist-clubs (es handelt sich dabei um ein gegenstueck zu rotary international, allerdings ausschliesslich mit weiblichen mitgliedern) begannen donnerstag in der hofburg. in vertretung des buergermeisters erklaerte vizebuergermeister gertrude sandner bei der eroeffnung, trotz allen grossen gesellschaftlichen veraenderungen habe es die frau in den verschiedensten sparten auch heute noch sehr schwer. beispielsweise habe die stadt wien erst 748 jahre nach erhalt des stadt-rechtes einen weiblichen vizebuergermeister bekommen.

frau sandner erinnerte daran, dass es sich auch die stadt wien zur aufgabe mache, menschen einander naeherzubringen und staedte der begegnung zu sein. namens der bundeshauptstadt hiess sie die 500 teilnehmerinnen der freundschaftstage in wien herzlich willkommen.

1046



## Musikveranstaltungen in der Woche vom 13. bis 19. Juli

Montag, 13. Juli:

- 17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvedere-Garten, Kulturamt der Stadt Wien: 2. Promenadenkonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent Hans Eichinger (Werke von Josef Strauß, Max Schönherr, Karl Hawranek, Henry Taborski, Hans Eichinger, Josef Weihovsky und Hans Totzauer)
- 20.00 Uhr, Palais Auersperg, Kulturamt der Stadt Wien: 6. Palaiskonzert; Liederabend Martha Hürlimann, Alt - Herbert Zack-Leweer, Bariton; am Flügel Gottfried Marcus (Franz Schubert, Johannes Brahms, Gustav Mahler, Hugo Wolf, Claude Debussy und Joseph Marx)

Dienstag, 14. Juli:

- 17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien
- 17.30 Uhr, 21. Bezirk, Wasserpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe
- 20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 4. Orchesterkonzert; Wiener Symphoniker, Alfred Rosé (Klarinette), Dirigent Peter Keuschnig (Gottfried von Einem: Capriccio op. 2; Armin Kaufmann: Largo; Alfred Uhl: Concertante Symphonie für Klarinette und Orchester; Ernst Krenek: Potpourri; Martin Bjelik: Szene; Theodor Berger: "Legende vom Prinzen Eugen" op. 11)

Mittwoch, 15. Juli:

- 17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien
- 19.00 Uhr, Dom St. Stephan, Orgelkonzert Johann Lemckert, Rotterdam (J.P. Sweelinck, Joh. Seb. Bach, Cesar Franck, Maurice Durufle, Toebosch, Lemckert)
- 20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg, Kulturamt der Stadt Wien: 7. Palaiskonzert; Klavierabend Alexander Jenner (W.A. Mozart: Sonate G-Dur KV 283; F. Mendelssohn-Bartholdy: "Lieder ohne Worte"; R. Schumann: Toccata C-Dur op. 7; F. Chopin: Barcarole Fis-Dur op. 60 und Fantasie-Impromptu cis-Moll op. posth.; F. Liszt: Petrarca-Sonett 123 und Mephisto-Walzer)

Donnerstag, 16. Juli:

- 17.00 Uhr, 1. Bezirk, Volksgarten, Kulturamt der Stadt Wien: 3. Promenadenkonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent Hans Eichinger (Werke von Johann Strauß und Franz Lehár)



Donnerstag, 16. Juli:

- 17.30 Uhr, 12. Bezirk, Steinbauerpark, Kulturamt der Stadt Wien:  
Konzert der Polizeimusik Wien
- 17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark, Kulturamt der Stadt Wien:  
Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe
- 20.00 Uhr, Palais Lobkowitz, Kulturamt der Stadt Wien:  
8. Palaiskonzert; Koji Toyoda, Violine - Motoko  
Toyoda, Klavier (L.v.Beethoven: Sonate Nr. 10 op.30/3;  
J. Brahms: Sonate A-Dur op. 100; Nachiko Kai:  
Sonate; N. Paganini: Capricen Nr.17 Es-Dur op. 1  
und Nr. 20 D-Dur op. 1; B. Bartok: Rumänische Tänze)

Freitag, 17. Juli:

- 17.30 Uhr, 10. Bezirk, Paltramplatz, Kulturamt der Stadt Wien:  
Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe
- 17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz, Kulturamt der Stadt  
Wien: Konzert der Polizeimusik Wien
- 20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien:  
5. Orchesterkonzert; NÖ Tonkünstlerorchester,  
Dirigent Avi Ostrowsky (G. Rossini: Ouvertüre  
"Signor Bruschino"; J. Haydn: Symphonie Nr. 99  
Es-Dur; J. Brahms: 2. Symphonie D-Dur op.73)

Sonntag, 19. Juli:

- 20.00 Uhr, Theater an der Wien, Theater an der Wien-Gesellschaft:  
Operettenkonzert; Ballett und Orchester des Theaters  
an der Wien, Solisten: Gerda Scheyrer, Anneliese  
Hückl, Rudolf Christ, Ernst Schütz und Rudolf  
Wasserlof; Dirigent Rudolf Bibl (Werke von Johann  
Strauß, Franz Lehár, Emmerich Kálmán und Robert Stolz)

- - -



Mist kann kostenlos abgelagert werden  
=====

Wien, 9.7. (RK) Viel zu wenig ist es bekannt, daß die Wiener zahlreiche Möglichkeiten haben, Gerümpel und unbrauchbaren Hausrat kostenlos auf dafür bestimmten Ablagerungsplätzen "loszuwerden". Auf Anregung von Stadtrat Kurt Heller bereitet daher der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien einen Anschlagzettel vor, auf dem alle legalen Mistablagerungsstätten verzeichnet sind. Dieses Verzeichnis soll den Hauswarten zum Anschlag am "schwarzen Brett" zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadtverwaltung hat großes Interesse daran, alle Möglichkeiten zur Reinhaltung unserer Stadt einzusetzen. Bekanntlich wird auch alljährlich eine Stadtreinigungswoche - heuer stand sie unter dem Motto "Festwochenputz 1970" - durchgeführt. In einem Großeinsatz von Personal und Maschinen werden dabei jeweils möglichst viele Bereiche der Stadt "auf Hochglanz" gebracht.

Selbstverständlich ist die Stadtreinigung das ganze Jahr über nach Kräften bemüht, für eine saubere Stadt zu sorgen. Ohne die aktive **Mithilfe** der Bürger sind diese Bemühungen freilich nur eine halbe Sache. Es sei daher neuerdings daran erinnert, daß Gerümpel in kleineren Mengen (der Inhalt eines Autokofferraumes gilt als Maßstab) in der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig, ferner auf den großen Ablagerungsplätzen in Mannswörth und am Rautenweg in Wien-Donaustadt sowie an folgenden Lagerplätzen bei den Straßenreini-  
~~gungsdepot kostenlos~~ abgelagert werden kann: 2, Stoffellgasse 7 a, 10, Sonnleithnergasse 30, 11, Simmeringer Hauptstraße 32, 12, Eichenstraße 1 a, 14, Zehetnergasse 7-9, 16, Seeböckgasse 30 a, 19, Krottenbachstraße 6, 21, Fultonstraße 10 und 23, (Atzgersdorf) Brennergasse 1.

Für die Ablagerung größerer Mengen Gerümpel berechnet die Stadtreinigung ~~geringe~~ Gebühren: Als Richtpreis für die Drei-Tonnen-Fuhre gelten 60 Schilling. Allenfalls kann auch bei der Stadtreinigung (Telefon 57 15 81, Klappe 244, 270) um Abfuhr von altem Hausrat angesucht werden. Das kostet pro Kubikmeter 80 Schilling.



Wiener Gemeinderat

9. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek trat Donnerstag der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, um den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1969 mit dem dazugehörigen Kontrollamtsbericht (Referent Vizebürgermeister Felix Slavik) und den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für 1969 (Referent Stadtrat Franz Nekula) zu beraten.

Es lag eine Anfrage der ÖVP vor.

Bgm. Marek teilte vor Eingang in die Tagesordnung mit, daß GR. Karl Peter (FPÖ) mit 30. Juni sein Mandat zurückgelegt hat. Der Bürgermeister würdigte die Verdienste des ausscheidenden Mandatars, der seit 1959 dem Wiener Gemeinderat angehörte. Sein großes Interesse galt der Förderung von Kunst und Kultur.

Als neues Mitglied des Wiener Gemeinderates wurde Kommerzialrat Otto Krönn angelobt.

Ohne Debatte genehmigte der Wiener Gemeinderat den Bericht über Überschreitungen in der Höhe von ungefähr einer Milliarde Schilling im Budget 1969. Ebenfalls ohne Debatte wurde die Bilanz des Landwirtschaftsbetriebes für 1968/69 genehmigt.

"Unser Optimismus war gerechtfertigt"

Vizebürgermeister Felix Slavik wies in der Einleitung seines Referates über den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1969 darauf hin, die Annahme bei der Budgeterstellung im Herbst 1968, daß die Konjunkturschwäche überwunden werde, sei richtig und der Optimismus gerechtfertigt gewesen. Die reale Zuwachsrate des Bruttonationalproduktes sei mit fünf Prozent angenommen worden, tatsächlich habe sie jedoch 6,5 Prozent ausgemacht. Vor allem die Industrie sei mit einer Zuwachsrate von 11,4 Prozent, der höchsten seit 1955, wesentlich an dieser positiven Entwicklung beteiligt gewesen.

Dieser günstige Umstand finde selbstverständlich auch im Rechnungsabschluß 1969 seinen Niederschlag. Insbesondere bei den Mehreinnahmen der Ertragsanteile um 365,5 Millionen Schilling. So habe die Zuwachsrate bei der Lohnsteuer, fuhr Slavik fort, nicht weniger als 21,2 Prozent ausgemacht. Bei den Landes- und Gemeinde-



einnahmen seien Mehreinnahmen von 178 Millionen Schilling zu verzeichnen gewesen. Weit größere Mehreinnahmen hätten sich zwar durch die Aufnahme von weiterzugebenden Darlehen ergeben, doch handle es sich hier nicht um einen echten Zuwachs, da ihm gleichhohe Ausgaben auf der Ausgabenseite gegenüberstünden.

In diesem Zusammenhang erklärte der städtische Finanzreferent, daß wohl Teile einiger dieser Darlehen, wie zum Beispiel für den U-Bahn-Bau, der Sonderrücklage wegen Nichtverbrauch zugeführt worden seien, daß aber die Kondition bei diesen Darlehen so gut seien, wie sie heutzutage nirgendwo in der Welt mehr aufzutreiben seien und daher ein solches Vorgehen vertretbar sei.

Slavik ging dann auf die Einzelheiten des Rechnungsabschlusses ein, der natürlich noch der seinerzeit gültigen Geschäftseinteilung des Magistrates mit zwölf Geschäftsgruppen (elf der Hoheitsverwaltung, die zwölfte die Wiener Stadtwerke betreffend) entspricht. Die Einnahmen seien gegenüber dem Voranschlag um 10,2, die Ausgaben um 7,9 Prozent gewachsen. Die Einnahmen waren mit 13.213,8 Millionen, die Ausgaben mit 13.492,7 Millionen präliminiert gewesen, so daß ein Abgang von 278,9 Millionen Schilling veranschlagt worden sei. Tatsächlich machten die Einnahmen 14.557,8 und die Ausgaben 14.552,9 Millionen aus, so daß ein Überschuß von knapp fünf Millionen Schilling aufscheine.

Eingehend beschäftigte sich Slavik mit den Rücklagen: Die allgemeine Rücklage habe sich auf 1.008 Millionen Schilling erhöht, doch sei der gesamte Rücklagenstand um 1.181,5 Millionen auf 2.558,4 Millionen Schilling gestiegen. Diese hohe Zuwachsrate sei ausschließlich auf die Vergrößerung von Sonderrücklagen zurückzuführen. So mußten infolge mangelnden Baufortschrittes noch nicht zugezählte Darlehen über 829,2 Millionen bei der Wohnbauförderung 1968 und um 117,7 Millionen bei der sozialen Wohnbauförderung der Stadt Wien den Sonderrücklagen zugeführt werden.

Bei den bereinigten Einnahmen seien im Vorjahr auf Landes- und Gemeindeabgaben 2.111,6 Millionen Schilling oder 16,7 Prozent, auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich 4.800,7 Millionen oder 38,1 Prozent und schließlich auf Gebühren und sonstige Einnahmen 5.708,7 Millionen oder 45,2 Prozent entfallen.



Die bereinigten Gesamtausgaben - also ohne weitergegebene Fremdmittel und ohne kassenmäßig unwirksame Wertdurchführungen - machten 12,616 Millionen Schilling aus, von denen 3.759,5 Millionen oder 29,8 Prozent auf den Personalaufwand, 5.245,6 Millionen oder 41,6 Prozent auf den laufenden Sachaufwand und schließlich 3.610,9 Millionen oder 28,6 Prozent auf die Investitionen entfallen seien. Der Personalstand habe Ende 1969 gegenüber einem Jahr zuvor mit 35.579 um 390 mehr Aktive ausgemacht. Die Zahl der Pensionisten sei um 199 auf 18.016 gestiegen. Wenngleich der prozentuelle Anteil der Investitionen geringfügig gegenüber dem Voranschlag gesunken sei, so sei doch eine Erhöhung um 178,8 Millionen Schilling und somit eine Steigerung gegenüber 1968 um 5,2 Prozent festzustellen. Die gesamten Ausgaben für das Bau-Haupt- und Nebengewerbe hätten mit 3.924,8 Millionen Schilling 31,1 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben erreicht.

Slavik nannte in diesem Zusammenhang einige besonders hervorstechende Projekte: So seien für den U-Bahnbau 145 Millionen, für die Erschließung von Betriebsbaugebieten 29 Millionen, für Heizzentralen und Fernheizleitungen 192 Millionen, für den Wohnhausbau 1.236 Millionen (5.505 fertiggestellte Wohnungen), für den Straßen- und Brückenbau 400 Millionen und schließlich für Grundankäufe insgesamt 445 Millionen Schilling ausgegeben worden.

Im Rechnungsabschluß 1969 seien die Aktiva der Gemeinde Wien mit 15.348,3 Millionen um 2.433,9 Millionen Schilling größer als ein Jahr zuvor ausgewiesen, die Passiva seien um 1.439,5 Millionen auf 8.940,6 Millionen gestiegen, sodaß sich ein Geldvermögen von 6.407,7 Millionen und damit um 994,4 Millionen mehr als Ende 1968 ergebe, erläuterte Vizebürgermeister Slavik.

Zum Abschluß seiner Ausführungen zum Rechnungsabschluß stellte der Finanzreferent die formellen Anträge. Die zwei Erinnerungen, die zum Rechnungsabschluß abgegeben worden seien - insgesamt hätten drei Bürger Einsicht genommen, während es ein Jahr zuvor 22 gewesen seien - sollten der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen werden.



Der Kontrollamtsbericht

Vbgm. Slavik beschäftigte sich dann mit dem Bericht des Kontrollamtes und hob dabei die Statistiken, Schaubilder und Tabellen hervor, die einen Überblick über die langfristigen Entwicklungen auf verschiedenen Gebieten geben. Daraus ist zum Beispiel ersichtlich, daß der seit langem anhaltende Rückgang der Zahl von Fahrgästen der öffentlichen Verkehrsmittel im vergangenen Jahr fast zum Stillstand gekommen ist. Es wäre erfreulich, wenn es dabei bleiben würde. Sicher gibt es auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln Ärger, aber wohl weniger als mit den Autos. In den öffentlichen Verkehrsmitteln wird sicher weniger geschimpft als in den Autos.

Das Kontrollamt verweist darauf, daß die Personalausgaben rund 29 Prozent der Gesamtausgaben betragen. Viele Verwaltungen dürften Wien um diesen relativ geringen Anteil beneiden. Er beweist, daß sich die Stadt erfolgreich bemüht, die Verwaltung so rationell wie möglich zu führen.

Eine besonders erfreuliche Vermehrung der Zahl der Kindergartenplätze wird im Jahre 1969 festgestellt, nämlich von 20.579 im Jahre 1968 auf 21.664. Bemerkenswert ist auch die Untersuchung über die Grünflächen, die von der Stadt betreut werden. Im Jahre 1900 waren dies 94,5 Hektar, im Jahre 1955 bereits 1242,5 Hektar und jetzt sind es 1.912 Hektar, wobei die Zunahme während der letzten fünf Jahre im Jahresdurchschnitt 500.000 Quadratmeter betrug.

Die Zahl der Dauerbefürsorgten sinkt weiter, aber nur mehr minimal. Der Aufwand jedoch steigt. Es gab 1969 mit 7.059 Dauerbefürsorgten um rund 300 weniger als im Jahre 1965, aber der Aufwand erhöhte sich in der gleichen Zeit von 74 auf 107 Millionen. Beunruhigend ist, daß unter den Geisteskranken jetzt schon 22,2 Prozent Alkoholiker sind.

Besonders eingehend untersuchte das Kontrollamt den Wohnungsbau, wobei festgestellt wurde, daß die durchschnittlichen Baukosten für eine Wohnung von 230.000 Schilling im Jahre 1968 auf 238.000 im vergangenen Jahr gestiegen sind. Derzeit betragen die Durchschnittskosten, wie Vbgm. Slavik ergänzte, 247.000 Schilling



Zusammenfassend zitierte Vizebürgermeister Slavik wörtlich aus dem Kontrollantsbericht: "Durch den Umfang der Wiener Stadtverwaltung, ihrer Unternehmungen und Beteiligungen lassen sich Ordnungswidrigkeiten und Unzukömmlichkeiten nie zur Gänze ausschalten. Es kann aber betont werden, daß sich der Geschäftsablauf und die Gebarung durchaus in geordneten Bahnen vollzogen und Mißbräuche nennenswerten Umfanges nicht erkennbar waren. Auch das Ergebnis der Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen zeigte das Bemühen der Stadtverwaltung und ihrer Organe, in bewusster Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit für eine reine, ordnungsmäßige und wirtschaftliche Verwaltungsführung zu sorgen".

#### Debatte

Als erster Debattenredner stellte GR. Müller (DFP) die Frage, wieso die aus der günstigen Wirtschaftslage resultierenden Mehreinnahmen nicht zur Senkung oder Abschaffung von Abgaben verwendet würden. Speziell bei der Besteuerung alkoholfreier Getränke böte sich hier ein weites Feld.

Zu den anderen Punkten: Im Personalwesen sei eine Gesamtreform der Stadtverwaltung durch Zusammenlegung von Magistratsabteilungen möglich. Die Anzahl der Baustellen - insbesondere der Aufgrabungen in wichtigen Straßen - sei viel zu hoch und wirke sich nachteilig auf den Fremdenverkehr aus. Die für die Klimaanlage des Neuen Allgemeinen Krankenhauses geplante Nutzwasserleitung sollte auch auf andere Gebiete der Stadt zur Verwendung in Gewerbe und Industrie ausgedehnt werden.



Der Rechnungsabschluß 1969 - so stellte GR.Dr. Schmidt (FPÖ) fest - sei wieder ein erfreuliches Spiegelbild der vorteilhaften wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt. Durch die geschickten "Licht- und Schattenspiele" des Finanzreferenten würden auch die im Voranschlag regelmäßig aufscheinenden Defizite immer wieder in einen Überschuß beim Rechnungsabschluß "verwandelt". Freilich sei der jüngste Überschuß von nur fünf Millionen der geringste seit 1965.

Noch bemerkenswerter aber sei die Tatsache, daß ein für Investitionen vorgesehener Betrag von 1,3 Milliarden Schilling nicht verwendet, sondern Sonderrücklagen zugeführt wurde. Dr. Schmidt wies auch darauf hin, daß insgesamt 946,8 Millionen Schilling Wohnbauförderungsmittel nicht verbaut wurden, wenn auch aus der Bundeswohnbauförderung 900 Millionen Schilling zugesichert wurden. Diese Mittel konnten aber nicht genutzt werden, da die Bauwirtschaft nicht nachkomme.

Der FPÖ-Redner erinnerte auch daran, daß Bautenminister Moser noch als sozialistischer Oppositionsabgeordneter noch eine 60prozentige Sockelfinanzierung für den Wohnbau gefordert habe, in einer Pressekonferenz jedoch kürzlich nur eine 40 bis 45prozentige Sockelfinanzierung zusichern konnte.

Es sei daher zweifelhaft, daß der Bevölkerung in ausreichender Weise billige Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können.

Zum U-Bahnbau: Die Tatsache, daß 189 Millionen Schilling nicht verbaut, sondern zurückgelegt wurden, illustriere den "langsamen Start" dieses Unternehmens und lasse für die Zukunft nichts Gutes hoffen.

Zur Stadthalle: Der Redner verlangte eine genaue Rechnungslegung über die Verwendung des unverändert gebliebenen Budgetansatzes von zehn Millionen Schilling.

Kindertagesheime: vier geplante Neubauten seien bisher noch nicht begonnen worden, obwohl der "sehr zurückhaltende" Kontrollamtsbericht zahlreiche Vormerkungen von Kindern erwähne, gleichzeitig aber auf ungenützte Kindergartenplätze in dem Bericht hingewiesen wurde.

Verkehrsbetriebe: Der Kontrollamtsbericht bringe keinerlei detaillierte Sanierungsvorschläge. Schmidt: "Wer denn sonst, als der Kontrollamtsbericht kann in offener mutiger Sprache die Sünden der Städtischen Unternehmungen, insbesondere der Verkehrsbetriebe, beim Namen nennen?"  
./.



GR. Hoffmann (ÖVP) stellt fest, daß eine Gegenüberstellung des Rechnungsabschlusses mit dem Voranschlag eine gewisse Tiefstapelei erkennen läßt. Es wurde ja bereits gesagt, daß den 13,2 Milliarden des Voranschlages auf der Einnahmenseite, 13,4 Milliarden auf der Ausgabenseite gegenüberstanden, daß aber im Rechnungsabschluß 14,5 und 14,5 Milliarden einandergegenüberstehen. Durch eine tiefere Einnahmenschätzung ; konnte daher der Gebarungsausgang in einen Überschuß verwandelt werden.

Die Mitglieder des Gemeinderates können leider nur kleine Splitter von dem großen Ganzen überblicken und daher von ihrem Recht der Kontrolle nicht ausreichend Gebrauch machen. Ein Wunsch seiner Fraktion sei es daher, ähnlich wie es der Bund mit seinem Amtsblatt der Finanzverwaltung handhabt, auch über die Gemeindefinanzen Aufschluß zu geben.

Ein Blick auf die Vermögenslage zeigt, daß die liquiden Mittel unserer Stadt entscheidend zugenommen haben. Man muß jedoch auch die Liquiditätslage mit den langfristigen Schulden in Vergleich setzen und die sind bedeutend angestiegen. Bemerkenswert sei der Rücklagenanstieg. Die Mittel wurden anscheinend gezielt gehortet. So kam es leider dazu, daß manche der veranschlagten Beträge nicht zur Gänze verbraucht wurden. Höhere Beträge hätten für den Körpersport, für Kindergärten und für Altersheime verwendet werden müssen. Im Straßenbau wurden veranschlagte Beträge für größere Bauvorhaben wie den Mariahilfer Gürtel, Erzherzog Karl-Straße, Magdeburgstraße, Neustiftgasse etc. nur zum geringeren Teil verbaut. Mehr Mittel wurden den Straßen örtlicher Bedeutung zugewendet. Man müßte jedoch gerade dem Umbau der Hauptverkehrsstraßen größere Bedeutung zuwenden. Bedauerlicherweise seien auch die für die städtischen Bäder veranschlagten rund 38 Millionen nicht zur Gänze verbraucht worden.

Im Kontrollamtsbericht wurde darauf hingewiesen, daß man in Hinkunft vermeiden müßte, Arbeiten ohne öffentliche Ausschreibungen zu vergeben.

Besonders bedauerlich sei es, daß von dem Ansatz von 50 Millionen für Betriebsansiedlungen nur 28 Millionen verwendet wurden. Gerade die wirtschaftliche Entwicklung sei aber von einschneidender Bedeutung für unsere Stadt. Die österreichische



Industrieproduktion sei in den Jahren von 1964 bis 1969 im Bundesdurchschnitt um 5,6 Prozent gestiegen. Wien liegt in der Reihung der Bundesländer mit 3,5 Prozent weit unter dem Durchschnitt. Die Zahl der Arbeitskräfte hat sich in Wien um 30.000 verringert, gleichfalls eine Tatsache, die zu Denken geben muß. Der Redner fordert die Erstellung eines geeigneten Wirtschaftskonzeptes.

./.



Im Kontrollantsbericht sei nur eine Andeutung von Kritik vorhanden, begann GR.Dr. Wöber (ÖVP) seine Jungfernrede im Gemeinderat. Er habe das Gefühl, der Bericht sei mit "Samtpfötchen" geschrieben worden. Es wäre notwendig, dem Kontrollant größere Bedeutung als bisher beizumessen. Im Gegensatz zur Privatwirtschaft stehe in der öffentlichen Verwaltung noch immer die rechnungsmäßige Routineüberprüfung im Vordergrund. Hier sei eine Umwertung unbedingt erforderlich.

Dr. Wöber stellte die Frage, ob der Bericht des Kontrollantes nicht bewußt harmlos gestaltet worden sei. Er hoffe, meinte der Redner, daß mit der neuen Leitung des Kontrollantes in Zukunft auch neue Schwerpunkte gesetzt würden.

Auch zum Rechnungsabschluß nahm Dr. Wöber gleich zu Beginn mit einer Frage und einem Vorwurf Stellung: Seit vielen Jahren gäbe es bei der Stadt Wien das gleiche Bild. Immer wieder sind die Einnahmen höher als veranschlagt. Die Ertragsanteile der Länder an den Bundeszuschüssen seien immer in steter Regelmäßigkeit zu niedrig angesetzt. Auch heuer biete sich das gleiche Bild, und er wage die Behauptung, daß es auch im nächsten Jahr nicht viel anders sein wird. Er und seine Partei wehren sich gegen die Methode, unrealistische Ziffern einzusetzen. In Zukunft werde sich die ÖVP den Budgetvoranschlag sehr genau ansehen, ob er realistisch sei. Die Bevölkerung habe ein Recht darauf, über die Situation der Stadt Wien die Wahrheit zu erfahren.

Trotz höherer Einlagen - die Rücklage habe die Rekordhöhe von 3,2 Milliarden erreicht - sei der Zinsenertrag gefallen. Wenn man das vergangene Jahr zum Vergleich heranziehe, könne man feststellen, daß die Verzinsung ungefähr 3,5 Prozent betrug. Andererseits habe die Stadt Wien in steigendem Maß Fremdkapital zu sieben Prozent Zinsen in Anspruch genommen. Wieso soll diese Finanzpolitik praktisch sein und für wen? Ein privater Unternehmer käme nie auf die Idee, 60.000 Schilling aufzunehmen und davon 30.000 Schilling auf die Bank zu legen. Bei der Stadt Wien würde jedoch Finanzpolitik nach diesen Grundsätzen gemacht, meinte der Redner.



Auch die allgemeine Rücklage, die sogenannte "Rathausmilliarde", kostete die Stadt Wien teures Geld, das aus dem Ausland beschafft werden muß. Als Beweis für den "Luxus" der "Rathausmilliarde" führte Dr. Wöber den Baukostenindex an, der in den letzten Jahren sehr stark gestiegen ist. Er meinte, Wien könne es sich nicht leisten, die Investitionsquote sinken zu lassen.

Aus all diesen Gründen stelle er die Anfrage:

- 1.) In welchen Geldinstituten, in welcher Höhe, zu welchem Zinsfuß und welcher Bindung waren mit 31. Dezember 1969 Einlagen der Stadt Wien angelegt?
- 2.) Wie hoch war die durchschnittliche Jahreshöhe der Einlagen im Jahr 1969?
- 3.) Wie hoch sind die Zinserträge aus den Guthaben bei Geldinstituten im Jahre 1969 und wie schlüsselt sich die Post 211 d des Rechnungsabschlusses im Detail auf?
- 4.) Ist der Herr Amtsführende Stadtrat bereit, die Gemeinderäte über die Einlagen der Stadt Wien bei Geldinstituten vierteljährlich schriftlich zu informieren.

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) verwies auf eine Stelle des Kontrollantsberichtes, aus der sich entnehmen läßt, daß die zur Verfügung stehenden Kindergartenplätze nicht voll ausgenutzt seien. Eine Erhebung ergab folgende Tatsachen: Am Stichtag 16. April 1969 waren von 22.320 Plätzen 21.850 ausgenutzt. In der Altersgruppe von drei bis sechs Jahren gab es 12.233 Plätze, 12.056 Kinder waren eingeschrieben.

Die im Kontrollantsbericht angeführte Nichtausnutzung von Kindergartenplätzen ist auf Schwierigkeiten bei der Aufnahme der Kinder zurückzuführen. Erstens kann der Aufbau der Gruppen der kleinsten Kinder nur stufenweise erfolgen, damit diese Kinder zuerst in kleinster Gemeinschaft den Schmerz über die Trennung von der Mutter überwinden können. Zweitens können Kinder, die gegen Pocken geimpft wurden, erst nach Abheilen der Impfnarben aufgenommen werden. Drittens entstehen immer wieder Lücken durch die Bestimmung, daß im Falle des Auftretens einer Infektionskrankheit drei-bis sechs Wochen lang kein weiteres Kind aufgenommen werden darf. Schließlich



gibt es Fälle, daß Mütter ihre Kinder anmelden und dann, obwohl die Dringlichkeit anerkannt wurde, trotz mehrmaliger Vorladung nicht kommen. Es muß daraufhin ein anderes Kind ausgewählt werden, Zeit geht verloren.

GR.Szöllösi beschäftigte sich dann mit dem Nachwuchsproblem bei den Kindergärtnerinnen. Heuer würden 180 neue Kindergärtnerinnen benötigt. Aus den Schulen der Stadt Wien können aber nur 45 bis 47 erwartet werden, aus anderen Schulen etwa 40. Das Manko kann durch zwei weitere Kindergartenhelferinnenkurse mit etwa 70 Teilnehmerinnen nur teilweise ausgeglichen werden. Das Personalproblem - das eine internationale Erscheinung ist - wird dadurch verschärft, daß Kindergärtnerinnen äußerst beliebte Partnerinnen für das Leben sind.

Besonders hervorzuheben sind die Leistungen des Vereins Wiener Hauskrankenpflege und der Aktion "Essen auf Rädern". Sie ermöglichen es alten Menschen, möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben. Für die Altersheime wurden im vergangenen Jahr Investitionen in der Höhe von 38,5 Millionen Schilling vorgenommen, die vor allem der Modernisierung dienten. Leider ist dadurch die Zahl der verfügbaren Betten gesunken. Die Zahl der vorgemerkten alten Menschen steigt und beträgt jetzt schon 1200. Es steigt auch die Zahl der Bettlägerigen in den Altersheimen, die schon 91 Prozent beträgt. Die Altersheime verwandeln sich also immer mehr in Altersspitäler.

./.



GR. Hahn (ÖVP) beschäftigte sich in seinem Debattenbeitrag ausführlich mit Problemen der Wohnbauförderung. Er bedauerte, daß der im März 1969 beschlossene Typenschlüssel, der bei Gemeindewohnungen 60 Prozent Zweieinhalb-Zimmer-Wohnungen vorsieht, noch immer nicht zum Tragen gekommen sei. An Stadtrat Suttner stellte er die Frage, wieviele junge Ehepaare mit Kindern in Gemeindebauten noch immer in Zwei-Zimmer-Wohnungen wohnen. Die seinerzeit von der ÖVP geforderte bessere Förderung der Kleinstbaustellen komme nun sehr spät.

Bemerkenswert sei, daß bei den städtischen Wohnhäusern die Mieteinnahmen, die innerhalb von zwei Jahren um 45 Prozent gestiegen seien, erstmals die Betriebskosten überschreiten. GR. Hahn kritisierte, daß nur die Hälfte der Mieteinnahmen für die Erhaltung der Gemeindebauten verwendet würde. Er erinnerte daran, daß sogar SPÖ-Gemeinderat Windisch das Wohnbauförderungsgesetz als "Holler" bezeichnet habe und daher widersprüchliche Meinungen über die städtische Wohnbauförderung sogar innerhalb der SPÖ zutage treten. (In Zwischenrufen blieb GR. Windisch bei seiner Klassifizierung "Holler", betonte aber, daß er im Gegensatz zu Wohnungsstadtrat Suttner die Mieter vertrete.)

Die unterschiedliche Abrechnung der Heizkosten sei unbefriedigend, meinte der Redner weiter und urgierte hier eine beschleunigte endgültige Lösung. Er sei im übrigen nicht der Meinung, daß die Bauwirtschaft die Wohnbauförderungsmittel nicht hätte verkraften können. An Finanzreferent Slavik gewandt, plädierte Hahn für die bereits bei der Gründung in Aussicht genommene weitere Ausdehnung der Wiener Wohnbauförderung.

Zu den Rücklagen betonte der Redner, daß er ihre Notwendigkeit nicht bestreite, wohl aber deren Höhe. Nur durch die um ein Jahr zu spät ins Rollen gekommene Wohnbauförderung 1968 hätten die zurückgelegten Wohnbauförderungsmittel eine solche Höhe erreichen können. In den nächsten Jahren würde der bisher zurückgelegte Betrag von 1,2 Milliarden Schilling sicher noch weiter anwachsen. GR. Hahn brachte sodann einen Antrag ein, in dem gefordert wird, daß die anfallenden Zinsen, die 1968 und 1969 der Sonderrücklage zugeführt wurden, ausschließlich für Zwecke des Wohnungsneubaues und der Wohnungsverbesserung verwendet werden.



Schließlich wandte sich der Redner gegen eine Differenzierung zwischen Eigentums- und Mietwohnungen bei der Wohnbauförderung. Gegenüber der von Bautenminister Moser geäußerten Meinung, daß ein Teil der Wohnbaumittel auf dem Kapitalmarkt aufgebracht werden müsse, warf GR. Hahn die Frage auf, ob der Kapitalmarkt dazu überhaupt fähig sei. Abschließend sprach der Redner die Hoffnung aus, daß zwischen dem SPÖ-Wohnbaukonzept und den realen Möglichkeiten eine vernünftige Einigung gefunden werden könne.

GR. Glaser (SPÖ) verweist auf die hohen Ausgaben auf dem Bausektor, die nahezu ein Drittel des Gesamtbudgets ausmachen. Bei der Fülle dieser Leistungen sind die geringen Beanstandungen des Kontrollamtes kaum der Rede wert. Sie sollen jedoch nicht mißachtet werden. Die entsprechenden Weisungen wurden bereits erlassen, um die aufgezeigten Mängel in Zukunft zu vermeiden. Der positive Bericht des Kontrollamtes gebe positive Aspekte für die Zukunft. Gefährdend wirke sich auf dem Bausektor der zunehmende Mangel an Bauland und die fehlenden Assanierungsgesetze aus. Es sei daher erfreulich, daß der Wiener Parteiohmann der ÖVP vor kurzem bei einer Pressekonferenz diese unsere Sorge teilte. Es sei zu hoffen, daß auch seine Fraktion die Notwendigkeit entsprechender gesetzlicher Regelungen erkennen möge.

Von einem Preisdruck der Stadt Wien auf das Baugewerbe könne keinesfalls gesprochen werden. Es komme immer wieder vor, daß Firmen von selbst anbieten, ihre Kalkulation zu überprüfen oder Preisnachlässe zu geben, nur damit sie den Auftrag bekommen. Die Bauwirtschaft soll die Ursachen für ihre Schwierigkeiten nicht bei anderen suchen, sondern im eigenen Bereich.

GR. Dr. Strunz (ÖVP) bezeichnete die Dotierung des Referats VII der Stadtbaudirektion (Lärm, Luft, Wasser) mit 200.000 Schilling als viel zu gering. Strunz teilte mit, daß er in Eigeninitiative, unterstützt von Fachleuten, derzeit eine Untersuchung über den Verkehrslärm in Wien durchführe und nach ihrem Abschluß berichten werde.



GR.Dr.Macher (ÖVP) bezeichnete den Kontrollantsbericht als "untaugliches Instrument zur Ausübung der Oberaufsicht des Gemeinderates". Der Grund: Schwerwiegende Mängel, besonders hinsichtlich der Zweckmäßigkeitprüfung. Hier sei ein eindeutiger Gesetzesbefehl unerfüllt geblieben.

Detaillierte Auskünfte wären nach Meinung des Redners besonders hinsichtlich der Heizbetriebe Wien GesmbH., der Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft und der Wiener Stadthallengesellschaft erwünscht. Darüber hinaus biete die Verfassung dem Kontrollamt durchaus die Möglichkeit, dem Gemeinderat öfter als einmal im Jahr Bericht zu erstatten. Die ÖVP-Fraktion des Gemeinderates könne dem Kontrollantsbericht diesmal nicht zustimmen.

Von einem "gewissen Neid" der ÖVP in Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluß sprach GR.Schreiner (SPÖ). Er stellte den Rechnungsabschluß das Prädikat "erfreulich" aus. Auf Vorhalte von Dr.Schmidt (FPÖ) replizierte Schreiner: Zwischen der Wohnbauförderung des Jahres 1968 und den Vorstellungen des sozialistischen Bautenministers Moser bestehe keine Diskrepanz. Im Gegenteil, die neuen Vorstellungen bringen eine wesentliche Verbesserung zugunsten der Bewohner von Miet- und Genossenschaftswohnungen.

Zum Vorwurf der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderäte, der Kontrollantsbericht sei viel zu oberflächlich, die Kritik käme zu kurz, meinte Schreiner: "Mir genügt die Kritik". Daß keine Sensationen in dem Bericht zu finden waren, sei ein Zeichen für saubere Verwaltung. Zu den Klagen, daß die Kontrollmöglichkeiten des Gemeinderates für die einzelnen Unternehmen an denen die Stadt Wien beteiligt ist, nicht ausreichen, plädierte Schreiner für größeres Vertrauen des Gemeinderates in die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat. Dann leitete der Redner zu konkreten Beispielen gutgeführter Betriebe über und nannte zahlreiche Beispiele, darunter die WÖK, den Bauring Wien, die Gesiba und andere.

GR.Dr.Tuma (DFP) meldete sich zu Wort, weil er GR.Schreiners Ansicht von größerem Vertrauen in den Aufsichtsrat nicht unwidersprochen lassen wollte. Diese Argumentation sei unrichtig



und nicht vertretbar, meinte er. Der Eigentümer müsse selbstverständlich überall das Recht haben, den Aufsichtsrat zu kontrollieren. Das Überprüfungsrecht des Gemeinderates als Vertretung des Eigentümers müsse in jedem Fall gewahrt bleiben.

Einleitend betonte Vizebürgermeister Slavik in seinem Schlußwort, daß nach der Haushaltsordnung die Verpflichtung zu vorsichtigen Abschätzungen bei der Erstellung des Voranschlags bestehe und sich daher der Rechnungsabschluß von diesen unterscheide. Bei einem Überschuß von fünf Millionen Schilling bestehe freilich keine Möglichkeit, Steuern aufzulassen. Zur Aufhebung der Getränkesteuer oder der Eissteuer betonte der Finanzreferent, daß dies bestimmt nicht dem Konsumenten zugute komme. Im Zusammenhang mit der den Fußballvereinen erlassenen Vergnügungssteuer nannte Slavik die Sponserungspraxis durch private Unternehmen unerfreulich und auch nicht nachahmenswert für die Stadt Wien.

Zum Straßenbau: Die Geschäftsleute sprechen weniger von den Vorteilen als von Schädigungen ihres Geschäftsganges. Nach der Fertigstellung einer Straße sei eine Verbesserung des Geschäftsganges unbestreitbar.

Subventionen: Sie liegen dem Gemeinderat öffentlich vor, bei ihrer Vergabe seien keine Parteiasspekte maßgeblich. Auch könnten Jungbürgerfeiern nicht als Parteiveranstaltungen apostrophiert werden, wenn dort der Bürgermeister als Stadt- oberhaupt spreche. Aussendungen des Bürgermeisters als Parteimann gehen selbstverständlich nicht zu Lasten der Stadt Wien.

Abschätzung der Voranschläge: Die vorsichtige Abschätzung der Einnahmen habe in den letzten Jahren zu einem aktiven Rechnungsabschluß geführt. Ob es aber 1970 einen aktiven Abschluß gäbe, bezweifle er zumindest für die erste Jahreshälfte. In übrigen werde an einer Reservenbildung für außerordentliche Fälle festgehalten.

Rücklagenpolitik: Es wird alles in eine Kasse gegeben, auch die zurückgelegten Wohnbaugelder. Zum ÖVP-Antrag betreffend die Verwendung von Zinsen aus zurückgelegten Wohnbaugeldern:



Dies sei ohnehin vorgesehen. Selbstverständlich werden alle Erträge der Wohnbauförderung zugutekommen. Ohne eine Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 wurden freilich die Sonderrücklagen in den nächsten Jahren weiter steigen. Diese Rücklagen könnten aber von zwei Drittel auf ein Drittel abgebaut werden, wenn durch eine entsprechende Gesetzesänderung durch den Bund die Stadt Wien über jene Mittel im Ausmaß von etwa in einem Jahr zu erwartenden Zuweisungen verfügen könne, die bereits zugesichert, aber nicht zugezählt sind.

Von dem Vorschlag des Bautenministers Moser erwartet sich der Redner eine Reduktion der Belastung für die Wohnungsuchenden. Es müßten jedenfalls die Möglichkeiten des Kapitalmarktes voll ausgenutzt werden.

U-Bahn-Zuschuß: Der Bundeszuschuß sei im Voranschlag 1971 vorgesehen und werde im Herbst im Parlament zur Behandlung vorliegen.

Stadthalle: Selbstverständlich würde auch von der Stadthallengesellschaft eine genaue Rechnungslegung verlangt. Im übrigen seien Behauptungen, die Stadthalle gehöre nicht mehr der Stadt Wien, aus der Luft gegriffen. Sie gehöre der Stadthallengesellschaft und diese sei Eigentum der Stadt Wien.

Der Finanzreferent betonte auch, daß er gegenüber jeder Regierung den Wiener Stadtpunkt vertrete. Es sei jedoch unbestritten, daß er bei der jetzigen Regierung auf das größte Verständnis stoße.

Liquidität der Stadt Wien: Sie sei immer gut, aber nicht so gut, da über Teile der kommunalen Geldmittel nicht frei verfügt werden könne. Im übrigen sei Wien - im Gegensatz zum Bund und den übrigen Bundesländern - das einzige Gemeinwesen, das seinen Kassenstand offen bekanntgäbe.

Wirtschaftliche Entwicklung: Wohl sei in Wien das Wirtschaftswachstum in den letzten fünf Jahren langsamer gewesen, gegenüber den anderen Bundesländern habe jedoch die Bundeshauptstadt früher die Vollbeschäftigung erreicht.



Kontrollamtsbericht: Ein Kontrollamtsbericht ohne Sensationen finde anscheinend nicht das Gefallen der ÖVP. (Zwischenruf von ÖVP-Stadträtin Dr. Schaumayer: "Es geht um die Aussage, nicht um die Sensation"). Wenn der Bericht zuwenig Diskussionsstoff biete, sei dies ein Indiz für die gute Verwaltung der Stadt. Im internationalen Vergleich zähle Wien jedenfalls zu den bestverwalteten Kommunalwesen.

Hinsichtlich der städtisch geführten Betriebe unterstrich der Finanzreferent, daß diese nicht Freiwild für Betriebsespionage werden dürften.

Abstimmung: Der Rechnungsabschluß 1969 wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ, der Kontrollamtsbericht mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Der ÖVP-Antrag betreffend Sonderrücklagen wurde einstimmig zugewiesen, desgleichen die Anträge des Finanzreferenten zum Rechnungsabschluß.

Die ÖVP-Anfrage wurde einstimmig zugewiesen.

#### Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) legte den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1969 vor, der bei den Teilunternehmungen ein unterschiedliches Bild ergibt.

Die E-Werke konnten infolge des erhöhten Energiebedarfes, der auf die günstige Konjunkturlage zurückzuführen ist, eine überdurchschnittliche Absatzsteigerung von 9,1 Prozent erreichen. Gegenüber dem Jahre 1937 hat sich der Strombedarf in Wien um 570 Prozent erhöht.

Die E-Werke bildeten auch im vergangenen Jahr wieder das finanzielle Rückgrat der Stadtwerke. Mit einem Gewinn von 227,4 Millionen Schilling wurden der Voranschlag um 50,4 Millionen und das Vorjahrsergebnis um 19,5 Millionen übertroffen. Dieser Erfolg ist neben der hohen Zuwachsrate des Stromabsatzes auch auf den vorteilhaften Erdgasverbund mit den Gaswerken zurückzuführen.



Auch bei den Gaswerken war eine überdurchschnittliche Absatzsteigerung festzustellen, die 8,5 Prozent ausmachte. Trotz der begonnenen Umstellung von Stadtgas auf Erdgas sind auch weiterhin für die Stadtgaserzeugung beträchtliche Investitionen notwendig, um die Versorgung jener Kunden, die im Verlaufe der zwölfjährigen Umstellungsperiode noch auf Stadtgas angewiesen sind, **sichern** zu können. Infolge des erhöhten Absatzes und wirksamer Rationalisierungen konnte der Verlust der Gaswerke, der mit neun Millionen veranschlagt war, auf 1,2 Millionen gesenkt werden.

Das Sorgenkind der Stadtwerke sind weiterhin die Verkehrsbetriebe. Trotz Einsparungen, zum Beispiel durch Ausdehnung des schaffnerlosen Betriebes und Einmannbetrieb bei Autobussen, erhöhte sich das Defizit auf 1.033 Millionen. Der Durchschnittserlös pro Beförderungsfall betrug 246,3 Groschen. Die Einnahmen reichten nicht einmal zur Deckung der Personalkosten. Dabei wurden zur Betriebsverbesserung Investitionen in der Höhe von 317,2 Millionen vorgenommen. Das vergangene Jahr brachte unter anderem die Eröffnung der Autobuslinien 14 und 15, die Verlängerung der Autobuslinien 8 a, 26, 60a und 63 a sowie die Umsituierung der Autobuslinien 13 und 61.

Die Verkehrsbetriebe werden weiter bemüht sein, soweit sie aus eigener Kraft dazu imstande sind, ihre Situation zu verbessern, betonte Stadtrat Nekula. Dazu werden die Verlängerung der Hauptrevisionszeiten, die Einführung schaffnerloser Züge, die Reduzierungen im innerstädtischen Autobusverkehr und die Umstellung zweier weiterer Straßenbahnlinien auf Autobusbetrieb beitragen. Da die Verkehrsbetriebe jedoch trotz Ausschöpfung aller Rationalisierungsmöglichkeiten nicht in der Lage sind, eine erfolgsverbessernde Änderung herbeizuführen, wurden zwischen der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke und der Finanzverwaltung Verhandlungen eingeleitet, deren Ziel es ist, die wirtschaftliche Situation der Verkehrsbetriebe und damit der Stadtwerke zu verbessern.



Die Städtische Bestattung hat im vergangenen Jahr 26.516 Erd- und Feuerbestattungen durchgeführt, das sind 427 mehr als 1968. Das Unternehmen wies einen Gewinn von 1,2 Millionen aus.

Den Gesamtaufwendungen der Stadtwerke von 5.656 Millionen stehen Erträge von 5.201 Millionen gegenüber, wie Stadtrat Nekula abschließend ausführte. Daraus ergibt sich ein Verlust von 408,8 Millionen. Um die notwendigen Investitionen vornehmen zu können, wurde eine Investitionsanleihe im Nominalwert von 500 Millionen aufgelegt und ein langfristiger Kredit der Wiener Hypothekenanstalt von 100 Millionen aufgenommen.

#### Debatte

GR. Dr. Tuma (DFP): Die Hauptverantwortung für diesen pessimistischen Abschluß der Wiener Stadtwerke tragen die Wiener Verkehrsbetriebe. Trotz der höheren Barsubventionen sind die Verluste weiter gestiegen. Es wäre hoch an der Zeit, eine organisatorische Änderung, eine Neufassung des Statuts vorzunehmen und die einzelnen städtischen Betriebe besser auseinanderzuhalten. Dadurch würde man Übersicht gewinnen und die Möglichkeit für sachliche Verbesserungen haben. Das Verkehrswesen befinde sich auch in ausländischen Städten derselben Größenordnung in einer Krise, in Wien ist die Situation jedoch dadurch verschärft, daß man im letzten Vierteljahrhundert viele Gelegenheiten versäumt hat. Man hat nach dem Krieg wertvolle Plätze verbaut, nicht an die Schaffung von ausreichendem Parkraum, an die Verbreiterung der Straßen und einen Ersatz der zerstörten Straßenbahnlinien durch Autobusse gedacht. Man hat auch nicht rechtzeitig für die Ausbildung von Autobuspersonal vorgesorgt. Man läßt Linien auf, die von äußerst sozialem Interesse sind und gibt ganze Stadtviertel verkehrspolitisch preis. Man sollte nicht im Detail planen, sondern ein Gesamtkonzept erstellen.

GR. Dr. Hirmschall (FPÖ) bezeichnet den Rechnungsabschluß als nicht überraschend. Wie lange werde man aber eine solche Talfahrt noch aushalten? Die echten Verluste der Stadtwerke haben sich gegenüber dem Vorjahr um 169 Millionen und gegenüber 1967 um 359 Millionen Schilling erhöht. Das Verhältnis von Eigenkapital zum Fremdkapital, nämlich 17:83, und das trotz der unglücklichen Aufstockung durch Einrechnung der diversen Straßenbahntunnels, dürfe nicht übersehen werden. Der Zinsendienst könne von den Stadtwerken nicht mehr verkraftet werden.



GR. Dr. Hirnschall meinte weiter, das "Problem Stadtwerke" sei im wesentlichen ein "Problem der Verkehrsbetriebe. Die Ertragslage der E-Werke sei äußerst zufriedenstellend, und auch bei den Gaswerken sehe es erfreulich aus. Diese Bemerkung wollte der Redner mit der Konsequenz verstanden wissen, daß alle Überlegungen hinsichtlich einer Erhöhung von Gas- oder Strompreis derzeit gegenstandslos sein müßten. Wegen der prekären Situation auf dem Brennstoffsektor biete sich überdies beiden Betrieben die Chance, ihren Kundenstock beträchtlich auszuweiten.

Zu den Verkehrsbetrieben meinte Hirnschall, die Ursache der schlechten Situation liege wohl nicht bei den Sozialtarifen, da sich Wien ja hinsichtlich des Normaltarifes bereits im europäischen Spitzenfeld bewege. Hingegen sei der überhöhte Anteil von Fremdkapital und das abnorme Verhältnis von fünf zu sechs zwischen Aktiven und Pensionisten als Ursache der Misere anzusehen. Der Redner stellte den Antrag, i Änderungen im Straßenbahn- und Autobusnetz sollen dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Die Mehrheitsfraktion des Gemeinderates, die seinerzeit von der damals zuständigen ÖVP-Stadträtin Dr. Schaumayer so vehement ein Sanierungskonzept der Verkehrsbetriebe gefordert habe, sei ihrerseits ein solches Konzept bisher schuldig geblieben.

GR. Kowarsch (ÖVP) kündigte an, daß er zuerst die positiven Seiten des Rechnungsabschlusses der Wiener Stadtwerke hervorheben wolle. Positiv allein sei der frühe Termin - und damit sei er schon am Ende - meinte der Redner. Zu den einzelnen Unternehmen gab Kowarsch die Charakteristik: drei seien gesund, eines nahezu unheilbar krank.

Bei den E-Werken habe er das Gefühl, daß der technischen Entwicklung unter Umständen nicht genügend Rechnung getragen würde. In diesem Zusammenhang nannte er das Schlagwort "Atomstrom".

Die Koks- und Heizölkrise könne sich als Chance für die Gaswerke auswirken. Er fürchte jedoch, daß diese Chancen nicht optimal genutzt werden. Bei der Bestattung sei der Geschäftserfolg fast peinlich. Man könnte aber von diesem Unternehmen, das nicht viel Aufhebens von seinem Gewinn macht, für andere Unternehmen lernen. Eine Besserung bei den Verkehrsbetrieben könne nur dann erreicht werden, wenn endlich die Vorschläge seiner Fraktion berücksichtigt würden, nämlich:

Entlastung vom Zinsendienst für das Fremdkapital



Refundierung der Einnahmen, die durch die Sozialtarife verloren gehen.

Zumindest teilweise Beteiligung der Stadtverwaltung an den Pensionslasten.

Aufstockung des Grundkapitals.

Er sei sich darüber im klaren, daß die Verkehrsbetriebe nicht ausschließlich nach geschäftlichen Gesichtspunkten geführt werden können. In vielen Bereichen müssen sich die Verkehrsbetriebe dem Gemeinwohl unterordnen, dies geschehe jedoch im Interesse der Stadtverwaltung und daher müsse auch die Stadt die Verkehrsbetriebe entlasten. Er habe den Eindruck, meinte Kowarsch, daß sich Stadtrat Nekula beim Finanzstadtrat nicht in der Form durchsetzen könne, die wünschenswert wäre.

GR. Hirsch (SPÖ) hielt fest, daß der Rechnungsabschluß in allen Teilunternehmungen der Stadtwerke steigende Leistungen aufzeige. Schritt für Schritt würden die von der Rationalisierungskommission ausgearbeiteten Vorschläge realisiert werden, wobei allerdings eine aktive Mitwirkung der ÖVP zu vermissen sei. An wesentlichen Rationalisierungsmaßnahmen führte der Redner die Hinaufsetzung der Hauptrevisionszeiten, die Einstellung von Tramwayfahrerinnen, Umstrukturierungen im Liniennetz und Kreditaufnahmen für Investitionen an. In übrigen sei der negative Stadtwerke-Abschluß das Resultat der 24-jährigen Verwaltung der Stadtwerke durch die ÖVP.

#### Schlußwort

Stadtrat Nekula wandte sich in seinem Schlußwort gegen die Behauptung von GR. Hirsch, Berlin habe einen niedrigeren Verkehrstarif von 30, 40 und 50 Pfennig. Diese Tarife gelten nur für Geradeausfahrten. Ein Umsteigefahrschein kostet in Berlin eine D-Mark, im Vorverkauf 80 Pfennig, also 7 Schilling, bzw. 5,60 Schilling.

Die Personalkrise ist keine Eigenart der Verkehrsbetriebe. Auch die Wiener Privatwirtschaft kämpft mit dem Personalmangel, doch wird die Lage bei den Verkehrsbetrieben durch die ungünstige Arbeitszeit - Dienst am Samstag und Sonntag, einmal Beginn um 4 Uhr früh, dann Ende um ein Uhr nachts - verschärft. In dieser Situation, die ein Manko von 760 Bediensteten zur



Folge hatte, sind Maßnahmen unerlässlich. Die Verkehrsbetriebe haben eine Verpflichtung für ganz Wien, gegenüber der Inneren Stadt ebenso wie gegenüber den Außenbezirken und den neuen Wohngebieten. Die Kappung der Autobuslinie 4 auf der Mariahilfer Straße ermöglichte es, der bis dahin sehr schlecht erschlossenen Großfeldsiedlung, mit der Autobuslinie 28 eine sehr gute Verbindung zu geben. Die Reduzierungen im innerstädtischen Autobusverkehr werden ebenfalls wesentliche Verbesserungen in anderen Teilen der Stadt und überdies wirtschaftliche Vorteile für die Verkehrsbetriebe bringen.

Die Autobuslinien ins Stadtzentrum waren überdies ursprünglich als Schnellverbindungen geschaffen worden. Infolge der Blockierungen durch den Individualverkehr sind sie das heute längst nicht mehr und damit hat ihre Führung über den Ring und Kai hinaus wesentlich an Attraktivität verloren. Die bisherigen Benützer müssen wir bitten, daran zu denken, daß es andere Wiener gibt, die gegenwärtig äußerst schlechte Verkehrsverbindungen und einen Anspruch auf bessere haben.

Zur Frage des Atomstroms stellte Stadtrat Nekula fest, daß die Wiener E-Werke selbstverständlich weiter in der Planungsgesellschaft für ein Atomkraftwerk mitarbeiten. Gegenwärtig ist es jedoch fraglich, ob das Atomkraftwerk tatsächlich 1976 bereits Strom liefern wird. Die Versorgung der Wiener Bevölkerung muß jedoch gesichert werden. Deshalb wurde der Bau des neuen Kraftwerkes Donaustadt beschlossen. Da ein Einzelblock jedoch unwirtschaftlich ist, muß zumindest noch ein zweiter Block dieses Kraftwerkes gebaut werden.

Abstimmung: Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke 1969 wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP genehmigt. Der Antrag der FPÖ wurde einstimmig zur Behandlung zugewiesen. (Schluß.)

#### Aviso an die Redaktionen!

Morgen Freitag beginnt die Sitzung des Wiener Landtages um 9 Uhr. Im Anschluß daran findet die letzte Sitzung des Wiener Gemeinderates vor den Sommerferien statt. Zum Schluß der Sitzung wird Bürgermeister Bruno Marek das Wort ergreifen.



Wiener Gemeinderat (Zusammenfassung)  
=====

9. 7. (RK) Der Wiener Gemeinderat nahm Donnerstag nach einer ausführlichen, sechs Stunden währenden Debatte den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für 1969 und den Kontrollamtsbericht dazu mit Mehrheit zur Kenntnis (für den Rechnungsabschluß stimmten SPÖ, ÖVP, FPÖ, für den Kontrollamtsbericht SPÖ). Insgesamt beteiligten sich elf Debattenredner nach einem ausführlichen Referat von Vizebürgermeister Felix Slavik an der Diskussion. Der Rechnungsabschluß schließt, wie wiederholt gemeldet, mit einem Überschuß von knapp fünf Millionen Schilling ab (Einnahmen 14,557 Milliarden, Ausgaben 14,552 Milliarden). Zu den kritisierten Rücklagen betonte Slavik, daß die hohe Zuwachsrate auf 2,5 Milliarden ausschließlich auf die Vergrößerung von Sonderrücklagen zurückzuführen ist. Der Kontrollamtsbericht beschäftigt sich ausführlich mit den langfristigen Entwicklungen auf verschiedenen Gebieten. Besonders hervorzuheben ist, daß die Personalausgaben in Wien nur 29 Prozent der Gesamtausgaben betragen, ein Beweis für die rationelle Verwaltung.

Die DFP stellte den ersten (GR.Müller) und letzten (GR.Dr. Tuma) Redner in der Debatte. Müller kritisierte die Vielzahl der Baustellen, forderte eigene Nutzwasserleitungen. Tuma trat für das Überprüfungsrecht des Gemeinderates bei gemeindeeigenen Betrieben ein.

Für die FPÖ sprach GR.Dr.Schmidt, der unter anderem die Höhe der Sonderrücklagen bemängelte.

Die ÖVP stellte fünf Debattenredner: GR.Hoffmann bedauerte, daß veranschlagte Beträge, zum Beispiel für Straßenbau, Bäder, Betriebsansiedlungen nicht verbraucht wurden. Die wirtschaftliche Entwicklung sei von entscheidender Bedeutung für Wien, die Zahl der Arbeitskräfte hat sich aber um 30.000 verringert.

GR. Wöber kritisierte, daß im Budgetentwurf die Einnahmen seit Jahren aus den Ertragsanteilen zu niedrig angesetzt werden und verlangt realistische Ziffern. Er kritisiert auch die Finanzpolitik, durch die trotz höherer Einlagen der Zinsenertrag gefallen ist.



GR.Hahn befaßt sich vor allem mit Wohnbauproblemen. Nur die Hälfte der Mieteinnahmen werde für die Erhaltung der Gemeindebauten verwendet. Er verlangt die weitere Ausdehnung der Wiener Wohnbauförderung.

GR.Strunz bemängelt die geringe Dotierung des Referates Lärm, Luft, Wasser.

GR.Dr.Macher bezeichnet den Kontrollamtsbericht als untaugliches Instrument zur Ausübung der Oberaufsicht des Gemeinderates.

Von der SPÖ sprachen in der Debatte GR.Maria Szöllösi, die aufklärte, warum die Kindergartenplätze nicht voll ausgenützt werden können. Es hängt vor allem mit Schwierigkeiten bei der Aufnahme zusammen.

GR.Glaser verweist auf die hohen Ausgaben auf dem Bausektor, fast ein Drittel des Gesamtbudgets. Bei diesen Leistungen sind die geringen Beanstandungen des Kontrollamtes positiv zu werten.

GR.Schreiner stellte dem Rechnungsabschluß das Prädikat "erfreulich" aus. Daß keine Sensationen im Kontrollamtsbericht zu finden waren, sei ein Zeichen für saubere Verwaltung.

In den späten Abendstunden beschloß der Wiener Gemeinderat nach einem Referat von Stadtrat Nekula und einer Debatte, an der sich die Gemeinderäte Dr.Tuma (DFP), Dr. Hirnschall (FPÖ), Kowarsch (ÖVP) und Hirsch (SPÖ) beteiligten, auch den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für 1969.

- - -



Verunglücktes Motorboot

=====

9. 7. (RK) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" von der Wiener Schifffahrtsbehörde (MA 58) erfährt, ist als Inhaber des gestern stromabwärts von Wien kieloben aufgefundenen Motorboots mit dem Kennzeichen A 2547 der in Wien 18, Gersthofer Straße 118, wohnhafte Heinz Bezeder registriert. Ein Telefonat des Strommeisters hat ergeben, daß der Bootsinhaber sich derzeit auf einer Auslandsreise befindet und von der noch nicht geklärten "Reise" seines Bootes keine Ahnung haben dürfte.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

9. 7. (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gärtnergurken 10 bis 12 Schilling, Kochsalat 4 bis 5 Schilling je Kilogramm, Weißkraut 3 bis 3.50 Schilling je Stück.

Obst: Ananaserdbeeren 10 bis 14 Schilling, Kirschen 6 bis 10 Schilling, Ribisel 10 Schilling je Kilogramm.

- - -



Steinerne Hochzeit in Meidling  
=====

13 Wien, 9.7. (RK) In Vertretung des Bürgermeisters besuchte heute, Donnerstag, Bezirksvorsteher Wilhelm Hradil das Ehepaar Wassilij und Anna Knoch in Wien 12, Schönbrunner Straße 186, um zum seltenen Fest der Steinernen Hochzeit zu gratulieren. Der Bezirksvorsteher übermittelte den beiden "Steinernen" namens der Stadt die herzlichsten Glückwünsche und überreichte ihnen als Ausdruck der besonderen Wertschätzung die Ehrengabe der Wiener Stadtverwaltung sowie einen großen Blumenstrauß.

Seit nunmehr 67 1/2 Jahren verheiratet, wurde Herr Knoch am 1. März 1881 in Riga, Rußland geboren; seine Gattin kam am 12. Juli 1872 in Ladendorf, Niederösterreich zur Welt. Herr Knoch war von Beruf Redakteur und spricht mehrere Sprachen. An Nachwuchs hat das jubilierende Ehepaar eine Tochter sowie zwei Enkel aufzuweisen.

- - -

Rindernachmarkt vom 9. Juli  
=====

Wien, 9. 7. (RK) Kein Auftrieb.

Pferdenachmarkt vom 9. Juli  
=====

Wien, 9. 7. (RK) Kein Auftrieb.

Schweinenachmarkt vom 9. Juli  
=====

Wien, 9. 7. (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren 25, keine Durchläufer, Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles. Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

- - -